tische Macht zu kaufen, sich in verhängnisvoller Weise nicht nur für die Demokratie, sondern für das Leben unseres ganzen Volkes und jedes einzelnen seiner Bürger auswirken.

Man muß also Bedingungen schaffen, die wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen gewährleisten und die Wiederholung des Weges unmöglich machen, auf den das deutsche Volk in den Jahren 1932/33 mit Hilfe sogenannter freier Wahlen geraten ist. Die deutsche Geschichte der letzten Jahrzehnte lehrt also, daß von entscheidender Bedeutung ist, wer die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den Händen hat. Angesichts des Wiedererstehens des Militarismus in Westdeutschland ist es also notwendig, demokratische Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen zu schaffen. Die im Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in der Erklärung des Außenministers der UdSSR, W. M. Molotow, „Über die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen“ enthaltenen Vorschläge entsprechen auch den Wünschen und Interessen der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Um es der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen, wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, hat der sowjetische Außenminister den Vorschlag wiederholt, noch vor den Wahlen die Besatzungstruppen, mit Ausnahme eines kleinen, für die Durchführung von Kontrollaufgaben erforderlichen Kontingents, aus allen Teilen Deutschlands zurückzuziehen.

Der deutschen Arbeiterschaft und allen anderen friedliebenden Kräften ist es unverständlich, daß die Führung der SPD gegen die Teilnahme deutscher Vertreter an der Konferenz der vier Außenminister auf getreten ist. Daß sich die Führer der Sozialdemokratie gegen die Teilnahme der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, der ersten Arbeiter- und Bauernmacht in Deutschland, gewandt hat, bedeutet, daß die Führung der SPD wünscht, daß über die Fragen der Einheit Deutschlands nur von Vertretern der Bourgeoisie verhandelt wird. Da die Sozialdemokratie in Westdeutschland bei der Entscheidung außenpolitischer Fragen ausgeschaltet ist, bedeutet ihre Stellungnahme eine einseitige Festlegung auf die Politik der Bonner reaktionären und militaristischen Koalitionsparteien.

Wir appellieren im Bewußtsein der großen Verantwortung, die alle deutschen Arbeiter gemeinsam an diesem Wendepunkt der Geschichte unseres Volkes und Europas tragen, an die Führung und Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sich nicht länger der